

**Resolution
verabschiedet vom
42. DPT**



**42. Deutscher Psychotherapeutentag
5./6. Mai 2023 in Frankfurt**

Koalitionsvertrag umsetzen: Psychotherapeutische Versorgung stärken!

Patient*innen mit psychischen Erkrankungen haben einen Anspruch auf wohnort- und zeitnahe psychotherapeutische Versorgung. Dies gilt auch und insbesondere bei der Behandlung von Kindern und Jugendlichen. Dieses Recht besteht für alle Patient*innen unabhängig von der Art und Schwere ihrer psychischen Erkrankung und darf ihnen nicht streitig gemacht werden. Der aufgrund der Ballung gesellschaftlicher Krisen steigende psychotherapeutische Versorgungsbedarf hat das Problem der ohnehin zu langen Wartezeiten verschärft. Ohne ausreichende Behandlungskapazitäten wird der gesamte Ansatz von Prävention und frühzeitiger Behandlung zur Vermeidung von Chronifizierungen und zum Erhalt gesellschaftlicher Teilhabe missachtet. Für den gestiegenen Behandlungsbedarf stehen nicht ausreichend Behandlungsplätze zur Verfügung.

Die Psychotherapeutenschaft hat die im Koalitionsvertrag von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vereinbarten Ziele, die Versorgung zu verbessern und Wartezeiten zu reduzieren, ausdrücklich begrüßt. Der 42. Deutsche Psychotherapeutentag fordert die Bundesregierung nun auf, diese Ziele auch tatsächlich mit einer nachhaltigen Reform der Bedarfsplanung umzusetzen.

Es müssen zusätzliche Kassensitze insbesondere in ländlichen und strukturschwachen Regionen sowie dem Ruhrgebiet über eine nachhaltige Reform der Bedarfsplanung geschaffen werden. Ohne ausreichende Behandlungskapazitäten kann auch keine ausreichende Versorgung geleistet werden. Auch die Versorgung von schwer psychisch kranken Patient*innen muss ausgebaut und Hürden beim Aufbau der ambulanten Komplexversorgung müssen beseitigt werden. Für Patient*innen in psychiatrischen Kliniken muss endlich eine ausreichende psychotherapeutische Versorgung sichergestellt werden. Die Psychotherapeutenschaft ist bereit, in einem Dialog mit der Politik konstruktive Lösungen zu finden. Symbolpolitik und Schein-Lösungen zulasten der Versorgungsqualität oder einzelner Patientengruppen sind inakzeptabel.